

Italien

Alexander Grasse / Jan Labitzke

In Italien kam es zum Jahresende 2016 zu einem Wechsel an der Spitze der Regierung. Matteo Renzi, der knapp drei Jahre das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, trat zurück, nachdem bei einem Referendum eine deutliche Mehrheit die von der Regierung vorgelegte Verfassungsreform, welche eines der zentralen Reformprojekte des Ministerpräsidenten darstellte, abgelehnt hatte. Mit ihm verlor Italien einen Regierungschef, der auch auf EU-Ebene versuchte, neue Impulse zu setzen und die italienische Europapolitik neu zu konturieren. In Renzis Amtszeit fiel unter anderem die (erfolgreiche) italienische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014, sein Partito Democratico wurde mit einem fulminanten Sieg bei den Europawahlen 2014 zur stärksten Einzelpartei im Europäischen Parlament und Renzi gelang es, seine Außenministerin Federica Mogherini als Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik durchzusetzen.

Renzis europapolitisches Vermächtnis

Renzis Regierungszeit war insgesamt von dem Bemühen geprägt, Italien in Europa wieder eine Führungsrolle zu verleihen und dabei Augenhöhe mit Deutschland und Frankreich zu erlangen. So sehr die Europapolitik Renzis grundsätzlich proeuropäisch und integrationsfreundlich ausgelegt war, so wenig scheute er dabei vor Kritik an der aktuellen politischen Verfassung der Union zurück, der er grundlegenden Reformbedarf attestierte. Vor allem forderte Renzi über seine gesamte Amtszeit hinweg nachdrücklich die Abkehr vom Dogma der Austeritätspolitik, um auch in Italien mehr Spielraum für eine dringend erforderliche wachstumsfördernde Politik zu erhalten.¹ Diese Position führte vor allem mit Deutschland immer wieder zu Kontroversen.² Bei seinem letzten großen Zusammentreffen mit den übrigen EU-Staats- und Regierungschefs anlässlich des informellen Gipfels von Bratislava am 16. September 2016 wurde dies besonders deutlich. Dort demonstrierte Renzi seine Unzufriedenheit mit den aus seiner Sicht wenig ambitionierten und wenig konkreten EU-Beschlüssen, wie er in einem Interview³ sehr deutlich machte: Der Gipfel sei eine „verpasste Gelegenheit“ gewesen. Damit widersprach er auch öffentlich der Einschätzung der deutschen Bundeskanzlerin:

„Ich weiß nicht, worauf sich Kanzlerin Merkel bezieht, wenn sie vom Geist von Bratislava spricht. Wenn es so weitergeht, werden wir statt vom Geist von Bratislava vom Gespenst Europas reden. Wir haben in Bratislava alle zusammen eine hübsche Kreuzfahrt auf der Donau gemacht. Ich aber hatte gehofft, dass wir Antworten auf die Krise nach dem Brexit finden würden.“

-
- 1 Für eine ausführliche Analyse der europapolitischen Bilanz Renzis siehe Alexander Grasse: *Italienische Europapolitik inmitten multipler Krisen. Die Wege der Regierung Renzi in der Wirtschafts-, Währungs- und Fiskalpolitik*, in: Alexander Grasse/Markus Grimm/Jan Labitzke (Hrsg.): *Italien zwischen Krise und Aufbruch. Reformen und Reformversuche der Regierung Renzi*, Wiesbaden 2018, S. 387-434.
 - 2 Alexander Grasse: *Das deutsch-italienische Verhältnis in der „Ara Renzi“*. *Weitere Entfremdung oder Wiederannäherung?*, in: Grasse/Grimm/Labitzke (Hrsg.): *Italien*, 2018, S. 435-486.
 - 3 Siehe auch im Folgenden Maria Teresa Meli: Renzi: “Un fallimento l’austerità europea. Gli altri violano le regole”, in: *Corriere della Sera*, 17.9.2017.

Hinsichtlich der EU-Wirtschafts- und Fiskalpolitik vertrat Renzi abermals die klare Auffassung:

„Man muss anerkennen, dass die europäische Austeritätspolitik gescheitert ist, während die amerikanische Investitionspolitik der Regierung Obama zu Rekordzahlen bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen geführt hat.“

Zudem rechtfertigte Renzi seine eigene Finanzpolitik und kritisierte zugleich den deutschen Leistungsbilanzüberschuss:

„Spanien hat ein doppelt so hohes Defizit wie wir. Frankreich respektiert nicht mal Maastricht mit dem Defizit noch über 3 %. Deutschland verletzt die Regel des Handelsüberschusses: Das müssten 6 % sein, stattdessen erreicht es 9 %. (...) Mit mir funktionieren diese Spielchen, Italien möge sich erst einmal um seine eigenen Reformen kümmern, nicht mehr. Wir haben die nötigen Reformen gemacht, die Regeln werden eingehalten (...). Insofern habe ich aber auch die Pflicht darauf hinzuweisen, dass die Regeln für alle gelten.“

Politische Kontinuität durch die Regierung Gentiloni

Knapp drei Monate nach dem Gipfel von Bratislava trat Renzi infolge des gescheiterten Verfassungsreferendums zurück. Sein Nachfolger, Paolo Gentiloni, zuvor Außenminister unter Renzi und wie dieser dem Partito Democratico zugehörig, gelangte in einer Phase großer Unsicherheit in die Regierungsverantwortung. Denn der Fortgang der von Renzi eingeleiteten Reformbemühungen war nach dem Scheitern des zentralen Reformprojekts in Gestalt der Senats- und der damit einhergehenden Wahlrechtsreform unklar. Da aber mit dem Wechsel von Renzi zu Gentiloni im Grunde nur der Ministerpräsident ausgetauscht wurde, die übrige Regierungsmannschaft sowie die sie tragende Parteienkonstellation im Parlament im Wesentlichen dieselben blieben⁴ und Gentiloni nicht zuletzt als Außenminister die Europapolitik Renzis entscheidend mitgeprägt hatte, war hinsichtlich der italienischen Haltung zur Europäischen Union ein hohes Maß an Kontinuität zu erwarten. Tatsächlich änderte sich mit dem älteren, ruhigeren und weniger medienfixierten Gentiloni nur der Stil, nicht aber der Inhalt der italienischen Europapolitik. Hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Union gab Gentiloni zu erkennen, dass er grundsätzlich die Idee eines Europas verschiedener Geschwindigkeiten in der Integration favorisiert und als zukunftsweisend betrachtet; für ihn sei dies die „notwendige Richtung“. Gleichzeitig betonte Gentiloni jedoch auch, dass die verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten die übrigen keineswegs ausschließen solle:

„Unterschwellig ist das Diskussionsthema, dass das eine Entscheidung von vier oder fünf großen Ländern (...) gegen die anderen sei. Oder noch schlimmer die westlichen gegen den Rest. Das ist es nicht. Es geht darum, auf Fragen, die von unseren Bürgern kommen, Antworten zu geben. Ein Beispiel ist das der Sicherheit und Verteidigung. Darüber reden wir sowohl zu 27 als auch zu viert oder fünft, eine Methode, mit der man größere Schritte machen kann.“⁵

Abseits dieser grundsätzlichen Zukunftsdiskussion musste sich Gentiloni im innenpolitischen Alltag bewähren, übernahm er von seinem Vorgänger doch nicht nur eine Reihe unvollendeter Reformen, sondern auch ungelöste ökonomische Probleme wie die anhaltende Wachstumsschwäche und die persistente Massenarbeitslosigkeit, die in Italien – trotz einiger Verbesserungen in der Regierungszeit Renzis – seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise vor rund zehn Jahren zum Dauerproblem wurden. Erst 2016 kehrte die Wirt-

4 Vgl. Grasse/Grimm/Labitzke: Zwischen Krisenbewältigungspolitik, Novitismus und Italia 3.0. Eine vorläufige Bilanz der „Ära Renzi“, in: dies. (Hrsg.): Italien, 2018, S. 571.

5 La Repubblica: Ue, verso un'Europa a due velocità. Gentiloni: „È necessario“. Juncker: „Non è cortina di ferro“, 10.3.2017.

schaftsleistung Italiens nach rund 1 Prozent Wachstum auf das Vor-Krisenniveau zurück. Für das Jahr 2017 prognostiziert die italienische Notenbank ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent.⁶ Die Arbeitslosenquote verharrte 2016 mit 11,7 Prozent auf hohem Niveau, auch wenn sie seit ihrem Höchststand 2014 (12,6 Prozent) aufgrund der etwas anziehenden Binnennachfrage leicht gefallen ist. Besonders betroffen sind weiterhin junge Menschen: Die Jugendarbeitslosenquote lag 2016 bei 34 Prozent.⁷

Anhaltender Haushaltsstreit zwischen Italien und der Europäischen Kommission

Die anhaltende Wirtschaftskrise und ihre Folgen für den italienischen Staatshaushalt führten zu neuen Konflikten zwischen der Regierung und der Kommission bezüglich der Euro-Stabilitätskriterien. Der noch von Renzi vorgelegte Haushaltsplan für das Jahr 2017 wurde von der Kommission abgelehnt, da darin statt der angestrebten 1,7 Prozent Neuverschuldung eine Nettokreditaufnahme von 2,4 Prozent (jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt) vorgesehen war. Die Regierung Renzi begründete dies mit Mehrausgaben für in Italien zu versorgende Flüchtlinge sowie für die Schadensbehebung nach mehreren Erdbeben. Die Kommission zeigte sich jedoch nicht willens, Italien bei der Neuverschuldung größere Spielräume zu gewähren, da nach ihrer Auffassung die genannten Mehraufwendungen die deutliche Überschreitung des Defizitziels nicht rechtfertigten.⁸

Nachdem der Haushaltsstreit zwischen Rom und Brüssel im Vorfeld des Referendums geruht hatte, verlangte die Kommission im Januar 2017 dann jedoch zusätzliche Einsparungen von 3,4 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2017 und drohte mit der Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Italien. Dabei waren die Einsparungsforderungen seitens der Kommission wesentlich geringer ausgefallen als die noch im November 2016 gewünschten Kürzungen von rund 5 Mrd. Euro. Zudem wurden die von Italien bereitgestellten 20 Mrd. Euro zur Stabilisierung der Bank Monte dei Paschi di Siena als Einmalausgabe nicht in die Berechnung des strukturellen Defizits mit einbezogen. Dieses Zugeständnis war dem Verbleib von Pier Carlo Padoan im Amt des Finanzministers geschuldet, wie auch von der Kommission im Zuge des Regierungswechsels in Italien präferiert.⁹ Damit sind die Meinungsverschiedenheiten aber nicht gelöst, denn auch unter Gentiloni versucht die Regierung, finanzielle Spielräume auszuweiten, um mit ihnen dringend erforderliche Wachstumsimpulse zu setzen und die drückende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. So plant sie etwa Steueranreize für die unbefristete Einstellung von Arbeitnehmern unter 35 Jahren.¹⁰ Außerdem soll der Faktor Arbeit steuerlich entlastet werden.¹¹ Hier zeigt sich der weiter bestehende Grundkonflikt zwischen den vor allem auf Haushaltsdisziplin bedachten EU-Institutionen und Befürwortern flexiblerer Haushaltsregeln zugunsten der Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

6 Reuters: Gentiloni: Pil oltre attese, con manovra acquisiti 5 mld per 2018, 15.6.2017.

7 Istat: Unemployment rate, abrufbar unter: http://dati.istat.it/Index.aspx?DataSetCode=DCCV_TAXD (letzter Zugriff: 14.4.2017).

8 Corriere della Serra: Juncker all'Italia: "Ci attacca? Non può farlo e in realtà me ne frego". Renzi: non guardo in faccia nessuno, 7.11.2016.

9 Alberto d'Argenio: Ue, ultimatum all'Italia: "Manovra da 3,4 miliardi", in: La Repubblica, 16.1.2017.

10 LaStampa: Un miliardo di sgravi per assumere gli under 35, 2.4.2017.

11 LaStampa: Il governo promette alle imprese "Taglieremo le tasse sul lavoro", 11.6.2017.

Bankenrettung 2.0

Neben der allgemeinen Wachstumsschwäche muss Italien überdies erhebliche Anstrengungen zur Stabilisierung seines Bankensektors unternehmen, der seit 2007 rund 80 Prozent seines Börsenwertes eingebüßt hat. Nachdem Anfang Juni 2016 das Rettungspaket in Höhe von rund 6 Mrd. Euro für die Monte dei Paschi di Siena von der Kommission genehmigt worden war, waren Ende desselben Monats die Banca Popolare di Vicenza sowie die Veneto Banca auf Stabilisierungshilfen angewiesen, da Krediten im Umfang von 10 Mrd. Euro der Ausfall drohte. Durch den Rettungsplan wurden die Banken aufgespalten. Den gesunden Teil des Bankgeschäfts übernahm die Bank Intesa Sanpaolo für einen symbolischen Euro, während die ausfallbedrohten Kredite in eine Bad Bank ausgelagert wurden, was durch die Bereitstellung von bis zu 17 Mrd. Euro an Steuergeldern abgesichert wurde. Dass die italienische Regierung dabei von einer Ausnahmeregelung Gebrauch macht, die die Bankenrettung durch Steuergelder ohne Beteiligung („Bail-in“) der vorrangigen Anteilseigner der Bank ermöglicht, wie sie nach den seit 2015/2016 eingeführten europäischen Regeln zur Abwicklung von Krisenbanken (Bank Recovery and Resolution Directive beziehungsweise Single Resolution Mechanism) eigentlich vorgesehen ist, ist wohl den in Italien anstehenden Wahlen geschuldet. Die Beteiligung von vielen privaten Kleinanlegern schien der Regierung vor diesem Hintergrund wenig opportun. Ohnehin ist mit der Bankenabwicklung der Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen verbunden.¹²

Allerdings stieß dieses Rettungsprogramm auf Kritik sowohl beim einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus als auch beim Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann. Während die Europäische Zentralbank (EZB) befürchtete, dass die Ausnahmen bei den EU-Regeln zur Bankenrettung zum Standard werden könnten, kritisierte Weidmann den nationalen Alleingang Italiens bei der Abwicklung der Krisenbanken. Der italienische Finanzminister Padoan seinerseits rechtfertigte die Unterstützung des Bankensektors aus Steuermitteln damit, dass Italien gerade in Relation zu Deutschland und Großbritannien bisher nur vergleichsweise geringe Summen aus öffentlichen Mitteln für seine Banken bereitgestellt habe. Zudem hätten gravierende Folgen für die italienische Wirtschaft abgewendet werden müssen: „Ohne staatliche Eingriffe hätten die Banken sofort alle Dienste eingestellt. Davon wäre insbesondere die Kreditvergabe an Kleinunternehmen und Handwerksbetriebe betroffen gewesen“, so Padoan.¹³

G7-Gipfel in Taormina

Ende Mai 2017 fand im sizilianischen Taormina das G7-Gipfeltreffen statt, an dem auch erstmals die neu gewählten Präsidenten der USA und Frankreichs, Donald Trump und Emmanuel Macron, teilnahmen. Themen des Gipfels waren Migration, Terrorismusbekämpfung, kontroverse Debatten zum Klimaschutz, Fragen des internationalen Handels und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Während die USA mit ihrem sich abzeichnenden Ausstieg aus dem Pariser Abkommen den übrigen sechs Gipfelstaaten isoliert gegenüberstanden, gelang in Handelsfragen zwar eine gewisse Annäherung, eine Resolution jedoch konnte nicht verabschiedet werden. Ein konkreter Beschluss wurde hingegen im Feld der Terrorismusbekämpfung, mit besonderem Blick auf den Cyber-Terrorismus,

12 Tobias Piller: Italienische Börse feiert staatliche Bankenrettung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.6.2017; Dennis Kremer: Zwei italienische Banken sind pleite, in: FAZ, 24.6.2017; FAZ: Brüssel erlaubt Staatshilfen für italienische Krisenbank, 1.6.2017.

13 Handelsblatt: Kontroverse um Rettung von Veneto-Banken, 29.6.2017

gefasst. Zudem wurde eine Roadmap für mehr Gleichberechtigung angenommen. Mit Blick auf das für Italien besonders drängende Thema der Migration resümierte Gentiloni: „Ich habe keine Lösungen von der G7 erwartet. Mittelfristig muss man sich unter anderem wegen des Klimawandels stark in Afrika engagieren. Kurzfristig ist es nötig, die Sicherheitspolitik mit der Politik der Flüchtlingsaufnahme zu verknüpfen.“¹⁴ Dabei hatte die italienische Regierung im Vorfeld des Gipfels noch eine ausführliche gemeinsame Erklärung zum Thema Zuwanderung angestrebt. Diese scheiterte jedoch an der Blockadehaltung der USA, was als Brückierung Gentilonis gewertet wurde.¹⁵ Generell trat die Rolle des italienischen Gastgebers in der öffentlichen Wahrnehmung während des Gipfels in den Hintergrund:

„Die italienische Präsidentschaft tut alles ihr Mögliche, aber es wird nicht gewürdigt: Die Medien der Welt berichten von einer Achse Merkel-Macron, welche am Ende Druck auf Trump beim Thema Umwelt aufbaut, es ist so, als ob Gentiloni gar nicht existieren würde.“¹⁶

Flüchtlingspolitik: Erneute italienische Hilferufe an die Europäische Union

Neben der Wirtschafts- und Finanzlage ist die Flüchtlingspolitik eine seit Jahren bestehende, sich nun aber zuspitzende Herausforderung für Italien. Die Zahl der Flüchtlinge, die vorwiegend über Boote Italien erreichen, hatte bereits 2016 signifikant zugenommen und auch im ersten Halbjahr 2017 stieg ihre Zahl weiter an. Von den insgesamt rund 360.000 Bootsflüchtlingsen, die 2016 nach Europa kamen, fanden mehr als die Hälfte ihren Weg nach Italien.¹⁷ In den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 kamen bereits rund 50.000 Flüchtlinge mit Booten in Italien an und damit 45 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Diese Zahlen verdeutlichen die Größe und die Dringlichkeit der Migrationsbewegungen für das EU-Mitglied Italien. Um die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren, unterzeichnete die italienische Regierung im Mai 2017 ein Abkommen mit Libyen, dem Tschad und Niger, die Flüchtlinge stärker an ihren Grenzen abhalten und zusätzliche Lager auf dem afrikanischen Festland errichten sollen. Dieses Abkommen und vor allem die vorgesehenen „Aufnahmezentren“ sind jedoch aufgrund der dort herrschenden inhumanen Zustände sehr umstritten.¹⁸ Besonders akut wurde das Problem Ende Juni 2017, als 10.000 Flüchtlinge innerhalb von vier Tagen Italien erreichten und die Prognosen der Flüchtlingszahlen für das Jahr 2017 auf 200.000 erhöht wurden. Die italienische Regierung berief einen Krisengipfel ein und entsandte ihren Botschafter zum EU-Flüchtlingsbeauftragten Dimitris Avramopoulos. Schließlich lancierte die italienische Regierung die medienwirksame Drohung, keine Rettungsschiffe mit Flüchtlingen mehr an Land gehen zu lassen, sofern sie nicht unter italienischer Flagge fahren oder zu einer EU-Mission gehören.¹⁹

Die große Zahl der über Italien nach Europa gelangenden Flüchtlinge ist schon seit Jahren eine große Herausforderung für das Land, die zuletzt noch weiter wuchs. Italien weitet zwar seine Aufnahmekapazitäten aus, diese reichen aber angesichts des rasant steigenden Bedarfs nicht aus. Zudem sorgt die vom Innenminister Marco Minniti konsequent durchgesetzte Umverteilung der Flüchtlinge auf alle Regionen vor allem in Norditalien für

14 Carmelo Leo: Gentiloni: “Successo più grande è l'impegno contro il terrorismo”, in: La Repubblica, 27.5.2017.

15 Die Welt: Fiasko in Taormina, 27.5.2017.

16 Federico Rampini: G7, i risultati operativi saranno modesti, in: La Repubblica, 26.5.2017.

17 Jan-Christoph Kitzler: „Italien wird alleine gelassen“, in: Tagesschau.de, 29.12.2016.

18 Spiegel Online: Mehr als 50.000 Bootsflüchtlinge seit Jahresbeginn, 23.5.2017.

19 Die Welt: Italien droht mit Abweisung von Flüchtlingsschiffen, 28.6.2017.

Unmut in der Bevölkerung, was auch als Ursache für die Wahlerfolge rechter Parteien bei den Kommunalwahlen im Juni 2016 gewertet wird. Italien fühlt sich in der Flüchtlingsfrage von seinen EU-Partnern allein gelassen. Während sich die Regierung in Rom bemüht, die Dublin-Regeln einzuhalten und ankommende Flüchtlinge zu registrieren, kommt die EU-weite Umverteilung von Flüchtlingen kaum voran:

„Frankreich, die Schweiz und Österreich – aber auch Deutschland – haben Rom klargemacht, dass sie ihre Grenzen streng sichern werden, falls Italien es nicht schafft, die Weiterreise von Migranten zu verhindern. Die italienische Regierung hofft deshalb darauf, dass die anderen EU-Mitglieder ihr einen Teil der Migranten abnehmen. Die Europäische Kommission hat dafür den Prozess der sogenannten Relocation gestartet. Doch nur wenige Länder beteiligen sich daran. Bis Anfang Juni wurden von den rund 100.000 zu verteilenden Flüchtlingen erst etwa 21.000 umverteilt: 14.000 aus Griechenland und 7.000 aus Italien. Doch selbst wenn dieses Programm reibungslos klappen würde, wäre die Entlastung für Rom eher gering: Denn die Umverteilung betrifft nur solche Menschen, die gute Chancen auf einen Flüchtlingsstatus haben. Etwa 60 Prozent der Migranten, die in Italien ankommen, erhalten nach italienischen Schätzungen jedoch kein Asyl. Rom dringt deshalb darauf, so schnell wie möglich die zentrale Mittelmeerroute zu schließen.“²⁰

Im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg sagten die europäischen G20-Staaten Italien mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Migrationskrise zu.²¹ Es bleibt abzuwarten, ob dieser Ankündigung konkrete Taten folgen werden, schließlich war dies nicht der erste Hilferuf Italiens in der Flüchtlingspolitik. Der Bürgermeister Palermos, der auf Sizilien besonders mit dem Problem konfrontiert ist, forderte europäische Solidarität von allen Mitgliedstaaten ein und warnte eindringlich: „Unsere Aufnahmезentren sind voll. In diesem Sommer haben wir das Risiko von Flüchtlingsrevolten, wenn es so weitergeht. Europa müsste die Länder, die nicht solidarisch sind, feuern.“²²

Ausblick

Sofern den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten daran gelegen ist, auch weiterhin eine im Grundsatz europafreundliche Regierung in Rom als Partner zu haben, sollten sie Italien bei der Lösung seiner drängendsten Probleme unterstützen. Das gilt sowohl in der Flüchtlingspolitik als auch bei der wirtschaftlichen Erholung. Umfragen zeigten nämlich schon 2016 eine deutliche europa- und euroskeptische Haltung der italienischen Bevölkerung im einst so integrationsfreudigen Gründerstaat: Danach halten 53 Prozent der Italiener den Euro für ein Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung ihres Landes. Hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft Italiens sind 43 Prozent der Ansicht, dass deren Nachteile überwiegen; nur noch 21 Prozent sehen überwiegend Vorteile darin.²³ Die italienischen Parlamentswahlen, die spätestens im Frühjahr 2018 stattfinden müssen, werden zeigen, ob diese kritische Grundhaltung in der Bevölkerung auch zur Wahl einer europa- und/oder eurokritischen Regierung im viertgrößten Mitgliedstaat führen wird.

Weiterführende Literatur

Philipp Engler/Matthias Klein: Austeritätspolitik hat in Spanien, Portugal und Italien die Krise verschärft, in: DIW Wochenbericht 8/2017, S. 127-132.

Alexander Grasse/Markus Grimm/Jan Labitzke (Hrsg.): Italien zwischen Krise und Aufbruch. Reformen und Reformversuche der Regierung Renzi, Wiesbaden 2018.

20 Manuel Bewarder: Das sind die Gründe für Italiens drastische Drohung, in: die Welt, 29.6.2017.

21 Die Zeit: Europäische G20-Staaten sagen Italien mehr Hilfe in Flüchtlingskrise zu, 29.6.2017.

22 Die Welt: Das sind die Gründe für Italiens drastische Drohung, 2017.

23 Friedrich-Ebert-Stiftung/Ernst Hillebrand: Fremde Freunde. Eine Meinungsumfrage zum deutsch-italienischen Verhältnis, Rom 2016.